

Frau Hartmann, wie geht es Ihnen mit diesem Erfolg angesichts des schwindenden Interesses an der Klimapolitik?

Darüber freue ich mich sehr, denn es zeigt ja, dass die Sorge um das Klima immer noch groß ist. Vielleicht gerade deshalb, weil die Ampel-Regierung die Klimapolitik immer weiter abbaut. Dass die Bundesregierung nun auch noch Revision gegen die Klima-Urteile des Oberverwaltungsgerichts einlegt, ist ein Skandal. Insbesondere von einer Regierung mit Beteiligung der Grünen.

Worin sehen Sie die Gründe dafür, dass Klimapolitik inzwischen auf so wenig Interesse stößt?

Ich glaube, viele haben immer noch nicht verstanden, was auf dem Spiel steht. Andere Krisen erscheinen als größer. Und vor allem aber gelingt es jenen, die ihre klimaschädlichen Privilegien behalten wollen, erschreckend gut, Menschen auf ihre Seite zu ziehen, indem sie ihnen glauben machen, sie würden dieselben Privilegien teilen und man würde ihnen etwas wegnehmen. Das Geschrei von der drohenden „Ökodiktatur“ oder die ständige Behauptung, Klimaschutz würde die Wirtschaft bedrohen, haben verfangen und leider viel Schaden angerichtet.

Frau Hartmann, Sie sind weltweit unterwegs. Was sagen Sie zu dem Vorwurf, dass Deutschland alleine die Klimakatastrophe nicht aufhalten kann?

Das ist eine beliebte Abwehrstrategie, aber kompletter Quatsch. Natürlich müssen alle Staaten Klimaschutz betreiben. Aber Deutschland hat auch einen riesigen Klima-Fußabdruck. Hier gibt es die meisten Autos in der EU, und von hier werden weltweit die meisten Autos exportiert. Außerdem befinden sich auf der Liste der sogenannten Carbon Majors, also der hundert Unternehmen, die weltweit am meisten CO₂ ausstoßen, gleich drei deutsche Konzerne: BASF, Heidelberg Materials und REWE. Deutschland ist außerdem der größte Fleischproduzent der EU. Ein weiteres Scheinargument in diesem Zusammenhang ist ja, dass China einen viel größeren CO₂-Ausstoß habe. Aber diese hohen Emissionen kommen auch deshalb zustande, weil deutsche Firmen dort produzieren lassen - Autos, Geräte oder Vorprodukte. Und ein Drittel der Emissionen Chinas gehen auf Exporte zurück, auch noch Deutschland.

Bei Lithium und Kobalt entdecken die Menschen plötzlich ihr Herz für Menschenrechte und wehren sich gegen die Ausbeutung. Bei Kohle, Öl und Gas hingegen wird weggeschaut und bei den neuen LNG-Terminals sogar applaudiert. Was ist da passiert?

Kobalt ist wegen des Zusammenhangs mit dem Bürgerkrieg in der Republik Kongo schon lange umstritten, der Abbau von Lithium richtet tatsächlich verheerende Schäden an. Aber das stimmt, die Kritik wird oft von Verbrenner-Auto-Fans hervorgebracht, gegen das E-Auto. Verbrenner-Fans interessieren sich naturgemäß auch nicht dafür, welche Schäden die fossile Industrie anrichtet. Das sind gefährlich Denkstrukturen, die die amerikanische Politikwissenschaftlerin Cara New Dagget als „Petromaskulinität“ beschreibt: da vermischen sich rechtes Denken, weiße Männlichkeit, Rassismus, Autoritarismus, Klimaleugnen und das Festhalten an fossiler Energie. Im Fall der LNG-Terminals war das vor allem Panikmache nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Es war schnell belegt, dass Deutschland Überkapazitäten an Terminals plant. Jetzt zeigt sich: Man braucht sie nicht und hätte sie auch nicht gebraucht. Aber dafür setzt sich jetzt vor allem die Chemieindustrie ein, die am meisten Erdgas in Deutschland verbraucht, wie ja auch eine Studie des BUND belegt.

Die CCS-Technologie, von Umweltgruppen in Deutschland bislang erfolgreich verhindert, wird durch einen „Grünen“ Wirtschaftsminister plötzlich zum Heilsbringer. Was hat sich da verändert?

Die neue Strategie heißt Carbon Management, Emissionen sollen also nicht mehr verhindert, sondern verwaltet werden. Das Narrativ ist jetzt, ohne CCS würde man die Klimaziele nicht erreichen, man würde das für angeblich „unvermeidbare Restemissionen“ aus besonders CO₂-intensiver Produktion

brauchen. Das erweckt den Eindruck, alles könnte bleiben, wie es ist, denn wir fangen ja jetzt die Emissionen ein und pumpen sie weg. Das kommt bei den Wählerinnen und Wählern gut an. Aber das wird nicht funktionieren. Es gibt bislang kein einziges Projekt weltweit, bei dem es keine Probleme gibt oder das so funktioniert wie angekündigt. 80 Prozent der Pilotprojekte sind gescheitert. Und selbst wenn es funktionieren würde: Die bestehenden plus die derzeit angekündigten Anlagen würden allenfalls 1 Prozent der globalen Emissionen einfangen. Ein Tempolimit wäre sinnvoller!

Wie kann eine Kommune rasch Maßnahmen ergreifen, die den Einsatz fossiler Energien deutlich reduzieren?

Es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, das Auto stehen zu lassen: Radwege, autofreie Innenstadt, öffentlichen Verkehr ausbauen, etwa auch durch Rufbusse in eher abgelegene Orte, stillgelegte Bahngleise reaktivieren, Carsharing-Angebote zum Beispiel. Ökologische Landwirtschaft fördern, die ohne Dünger auskommt, Erneuerbare Energie einsetzen wo immer möglich. Fleischfreies Essen in Kantinen öffentlicher Betriebe und in Schulen.

Viele Bürger wollen selbst aktiv den CO₂-Ausstoß drosseln. Gibt es hierfür effektive und nachhaltige Tipps?

Nun ja, das ist eigentlich schon lange bekannt. Nicht fliegen, möglichst wenig Auto fahren, auf Fleisch verzichten. Viele Menschen machen das ja bereits. Aber trotzdem steigt die Zahl der Flugpassagiere, Privatflugzeuge sind immer noch erlaubt, und es werden immer mehr und größere Autos gekauft. Der Fleischverzehr sinkt zwar leicht, das ist erfreulich, aber nicht die Fleischproduktion. Individueller Verzicht alleine reicht leider nicht, wir müssen uns gegen die klimaschädliche Politik wehren und dagegen protestieren!